

Minenjagd made in Bremen

Großauftrag für STN Atlas, Lürssen, Abeking & Rasmussen

Von unserem Korrespondenten
Dieter Fickmeier

Berlin. Großauftrag für die Bremer Rüstungsindustrie: Der Haushaltsausschuss des Bundestages wird heute 35,9 Millionen Euro für das Entwicklungsprojekt einer hochmodernen Minenjagdausrüstung freigegeben. Der Auftrag geht an ein Konsortium

bis zum Jahr 2005 beitragen. Der Auftrag, zu dem das Konsortium 9,1 Millionen Euro an Eigenmitteln beisteuert, wird zudem „freihändig“, also ohne Wettbewerb erteilt. Sowohl STN Atlas als auch die beteiligten Werften verfügten auf ihrem Gebiet über „Spezialkenntnisse zur Minenjagd und -abwehr“, die bei anderen Firmen nicht vorhanden sind“ heißt es in der Beschlussvorlage der beiden Ministerien.

Weser Kurier, 3. Juli 2002

Geld für Rüstung ist genug da!!!

Die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung und das Bremer Friedensforum kritisieren die Beschlussfassung weiterer Rüstungsprojekte durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Mit den Stimmen der Regierungskoalition sowie von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der PDS wurde am 3. Juli eine neue Aufrüstungsrunde bei Heer, Marine und Luftwaffe mit einem Finanzbedarf von etwa 1,3 Mrd. € auf den Weg gebracht. Das ist das 2,3fache des Bundesumwelthaushaltes 2002.

Eine zentrale Rolle spielt nach Auffassung der Friedensgruppen einmal mehr Ausschuss-Berichtersteller Volker Kröning, Bremer Spitzenkandidat der SPD zur Bundestagswahl. Der „Wehr- und Haushaltsexperte“ begrüßt als selbst ernannter Rüstungslobbyist die von ihm mit beschlossenen Rüstungsaufträge für Bremer Betriebe und träumt in Interviews von „Bremen als Zentrum der europäischen Marineindustrie“.

„Damit steht Volker Kröning im Widerspruch zur friedenspolitischen Tradition der Partei von Willy Brandt“, meint Manfred Osthaus, Senatsrat a.D., für die Stiftung und das Friedensforum. „In der Tradition der SPD erwarten wir eine Politik, die bestrebt ist, Konflikte in ihren Ursachen mit gewaltfreien, zivilgesellschaftlichen Strategien zu entschärfen und damit den Einsatz militärischer Mittel zu minimieren. Wir fordern von dem Abgeordneten Kröning nicht Anwerbung möglichst zahlreicher Rüstungsaufträge, sondern die Unterstützung einer Politik, die Rüstung überflüssig macht!“

